

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/049/2017/1

Kreisausschuss am 07.12.2017

Zu Punkt 10:	Erhalt des Sozialtickets hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.10.2017
---------------------	--

KA Dr. Ibold erläutert die Hintergründe des Antrages seiner Fraktion sowie den bisherigen Beratungsverlauf. Der Kreisausschuss hatte den Antrag in die heutige Sitzung verwiesen, da seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf angemeldet wurde. Er berichtet weiter, dass das Sozialticket nun zunächst gesichert sei und bittet die Verwaltung, über die zukünftigen Entwicklungen im Fachausschuss entsprechend zu berichten.

KA K. Müller zeigt sich überrascht, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag aufgrund der aktuellen Entwicklungen nicht zurückziehe. Er bemängelt, dass der Antrag grundsätzlich bereits vor dem Start des Gesetzgebungsverfahrens im Landtag gestellt wurde und kritisiert, dass die Konsequenz einer Befassung des Kreistages mit solchen vorausseilenden Anträgen eine Flut von Anträgen zu noch nicht offiziellen Dingen sein könne. Er erachte die Aufrechterhaltung des Antrags für künstlich, da der Erhalt des Sozialtickets zunächst gesichert sei.

KA Küchler unterstützt die Aufrechterhaltung des Antrags, da sie den Erhalt des Tickets für sehr wichtig erachte. Auch sei es wichtig bereits vor der Entscheidung im Landtags Druck auszuüben, da eine bereits getroffene Entscheidung im Nachgang schwer abzuwandeln sei. Für das Jahr 2018 sei das Ticket nun sicher. Die Entwicklungen für 2019 blieben jedoch abzuwarten. Sie bittet darum, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

KA Völker erläutert die Hintergründe des Beratungsbedarfes seiner Fraktion im Rahmen der Kreisausschusssitzung vom 06.11.2017 und erläutert, dass das Sozialticket auch für 2019 gesichert sei, jedoch Umstrukturierungen anstünden.

KA Schulte betont, dass auch für ihn der öffentliche Eindruck erweckt worden sei, dass das Ticket gestrichen werden solle. Dies sei nun nicht der Fall. Einem anderen Finanzierungskonzept stimme er grundsätzlich zu. Er sehe die Begleitung des Prozesses jedoch als politische Aufgabe, sodass er die Tendenz des vorliegenden Antrags unterstütze, jedoch nicht die darin enthaltene Delegation auf die Verwaltung. Sofern es zukünftig doch Einschränkungen im Sozialticket geben sollte und diese Konsequenzen für den Haushalt des Kreises entfalten sollten, wäre die Verwaltung der richtige Adressat eines solchen Antrages. Die weitere politische Verfolgung des Themas im Allgemeinen sei jedoch die Aufgabe der Parteien.

KA Dr. Ibold zieht den Antrag daraufhin zurück. Er bittet die Verwaltung trotzdem, im Fachausschuss über die zukünftigen Entwicklungen zu berichten.